multipolar

Herausgegeben von Stefan Korinth,
Paul Schreyer und Ulrich Teusch

Corona-Demos: Ein Blick auf die mentale Verfasstheit der Medien

Warum haben Medien ein Problem damit, wenn Bürger gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren? Warum qualifizieren Journalisten Demonstranten pauschal als Verschwörungstheoretiker, Spinner oder Nazis ab? Ein Blick auf die mentale Verfasstheit der Medien liefert die Gründe. Deutlich wird: Wenn Leitmedien über die Demonstrationen berichten, sticht missionarischer Eifer das journalistische Erkenntnisinteresse.

MARCUS KLÖCKNER, 18. Mai 2020, 2 Kommentare

***Hinweis**: Dieser Beitrag ist auch als Podcast verfügbar.*

Das Beharren auf die Grundrechte behagt vielen Medienvertreter dieser Tage nicht nur nicht, nein, viel schlimmer: Unter Verdrehung der Realität, die mühelos George Orwells Dystopie „1984“ zugeordnet werden kann, versuchen sie das Aufbegehren der Bürger als perversen Akt eines falsch verstandenen Freiheitsverständnisses abzuqualifizieren.

Wer auch nur mit leiser Stimme andeutet, dass der Kaiser nackt sein könnte, dass also jene Grundprämissen, jene Datenbasis, die Politik dazu veranlassen, Grundrechtsverstöße en masse zu begehen, etwas zu dürftig sind, dem wird per Leitartikel oder ARD-Kommentar quasi die politische Mündigkeit abgesprochen.

Schon seit langem hat sich eine Kultur im Journalismus entwickelt, die Diskussionen durch Diffamierung, Argumente durch Raunen und Meinungsaustausch durch Denkverbote ersetzt. Wenn große Medien über die Corona-Demonstrationen berichten, dann sticht missionarischer Eifer das journalistische Erkenntnisinteresse.

Im Folgenden ein Beispiel, entnommen aus einem Beitrag von Spiegel TV mit dem Titel "Wut unterm Aluhut" vom 12. Mai:

> ***Stimme aus dem Off:*** *"Viele Demonstranten tragen eine Aluminiumkugel um den Hals. Das neue Erkennungszeichen vermeintlich aufgeklärter Menschen."*
> ***Frage der Reporterin an eine Demonstrantin:*** *"Was soll das für eine Kette sein?"*
> ***Demonstrantin:*** *"Das ist die Querdenker-Bommel. Das heißt, dass ich wage, mein Gehirn einzuschalten und nicht alles zu glauben, was die Medien mir präsentieren. Einfach selber denken. Die Sachen zusammenzählen und sich ein gesundes Bild machen."*
> ***Reporterin:*** *"Wollen Sie sich da auch vor irgendetwas schützen, vor Strahlung oder so?"*
> ***Demonstrantin:*** *"Nein, ein Zeichen, das man denkt."*

Die Stimme aus dem Off liefert die Deutungshilfe für die Szene mit. Wir erfahren: Es handelt sich bei der Demonstrantin, die zu sehen ist, um einen „vermeintlich" aufgeklärten Menschen – also nicht um einen tatsächlich aufgeklärten Menschen. Als unvoreingenommener Mediennutzer ist man gespannt darauf zu erfahren, warum die folgende Person „unaufgeklärt" ist. Doch Erstaunliches ist festzustellen: Hört man die Aussagen der Demonstrantin, lässt sich nichts „Unaufgeklärtes" feststellen. Es sind Aussagen, die getrost jeder Sozialkundelehrer beim Thema Medien seinen Schülern mit auf den Weg geben darf. Deutlich wird: An dieser Stelle wird die „journalistische" Frage zu einer Art Detektor umfunktioniert, der auf der Suche nach dem Wahnsinn ist.

Journalismus für das eigene Weltbild

Im Journalismus unserer Zeit geht es schon lange nicht mehr darum, so vorurteilsfrei wie möglich den Gegenstand der Berichterstattung zu betrachten. Es geht darum, den Journalismus zum verlängerten Arm des eigenen Weltbildes zu machen. Erinnert sei daran, wie vor nicht allzu langer Zeit dem interessierten Mediennutzer der Blick in eine der Edelschmieden des deutschen Qualitätsjournalismus gestattet wurde. Stichworte: Spiegel und Relotius.

In einer Email-Korrespondenz zwischen einem leitenden Redakteur und zweier Reporter (Claas Relotius und Juan Moreno) ging es darum, was die redaktionellen Erwartungen an die beiden Reporter bei der Ausarbeitung einer Reportage (Geschichte) sein sollten. Zu lesen war:

> *"Wir suchen nach einer Frau mit Kind. Sie kommt idealerweise aus einem absolut verschissenen Land (...) Sie setzt ihre Hoffnung auf ein neues, freies gutes Leben in USA (...) Es muss eine sein, die mithilfe eines Kojoten über die Grenze will (...) Die Figur für den zweiten Konflikt beschreibt Claas (...) Dieser Typ wird selbstverständlich Trump gewählt haben, ist schon heiß gelaufen, als Trump den Mauerbau an der Grenze ankündigt hat, und freut sich jetzt auf die Leute dieses Trecks, wie Obelix sich auf die Ankunft einer neuen Legion von Römern freut (...) Wenn ihr die richtigen Leute findet, wird das die Geschichte des Jahres."*

Ist das eine journalistisch angemessene Anleitung für eine ergebnisoffene Reportage? Gewiss nicht. Man mag gar nicht daran denken, mit welchen redaktionellen Vorgaben und Gedankenbildern der Corona-Journalismus zu Felde zieht.

Dass die Berichterstattung hochgradig weltanschaulich kontaminiert ist, wird bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung deutlich. Da ist von „neuen Wutbürgern“ die Rede, die sich als „lautstarke Minderheit aufführt" (Spiegel), da fordert Zeit-Journalist Lenz Jacobsen „keine Macht den Rücksichtslosen“, da findet sich eine „Hitliste der Corona-Spinner“ (Yahoo Nachrichtenportal), da erklärt Jasper von Altenbockum in der FAZ seinen Lesern, dass „ein Brett vorm Kopf nicht zu den Grundrechten gehört“ und nebenbei zitiert der SWR den baden-württembergischen Innenminister Thomas Strobel mit den Worten, auf den Demos befinde sich „teilweise ein unappetitliches Publikum“.

Aber wer ist dieses „unappetitliche Publikum“ eigentlich? Und wie kommt es dazu, dass Journalisten und Politiker (mal wieder vereint) Gift und Galle spucken, wenn Bürger auf ihre Grundrechte auch in der Corona-Krise pochen? Die Antworten auf diese Fragen führen hin zur geistigen Verfasstheit des journalistischen, aber auch des politischen Feldes.

Unterschiedliche Wahrnehmungen der Realität

Der Reihe nach. Wenn zu beobachten ist, wie Journalisten und Politiker voller Empörung, voller Unverständnis auf die Demonstrierenden zeigen, dann ist diese Reaktion nur der sichtbare Teil eines viel tiefergehenden, grundlegenden Problems. Seit Jahren schon schwelt ein Konflikt – mal mehr oder weniger offen zwischen Teilen der Bürger und Teilen der Eliten, der als ein sozialer Konflikt identifiziert werden kann. Unterschiedliche Wahrnehmungen und Einordnungen der sozialen und politischen Realität treffen aufeinander, die kaum miteinander in Einklang zu bringen sind.

Dies ist in einer Gesellschaft, die 83 Millionen Menschen umfasst, zunächst einmal nicht sonderlich verwunderlich. Natürlich gibt es unterschiedliche Lebenswelten, Lebensrealitäten, Schichten, Klassen, Milieus. Die Konflikte brechen sich allerdings dann ihre Bahn, wenn ein relatives Machtgleichgewicht der unterschiedlichen Gruppen nicht mehr gegeben ist.

Zwar ist es, das liegt in der Natur einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie, immer so, dass es stärkere und schwächere Gruppen geben wird (was sich alleine schon aus der Anzahl ihrer Mitglieder und der Ressourcenverteilung ergibt, die zum Kampf um die Positionen zur Artikulierung ihrer Interessen wichtig sind). Allerdings: Ist eine Gruppe dazu in der Lage, ihre Machtposition zu sehr zu festigen, auszubauen und ihren Handlungsspielraum auszudehnen, während die Anzahl der Mitglieder jener Gruppen, die zunehmend im politischen und gesellschaftlichen Spiel marginalisiert werden, ansteigt, brechen Konflikte aus.

Hier sind sowohl Politik als auch Medien gefragt: Beiden Gruppen kommt, was das Ausbalancieren der Machtverhältnisse in einer demokratischen Gesellschaft angeht, eine enorm wichtige Rolle zu. Es ist auch die Aufgabe von Politik und Medien – jeder Teilbereich auf seine Weise – dafür Sorge zu tragen, dass Bürger aus den unterschiedlichen Schichten mit ihren Problemen, Ansichten und Ängsten wahrgenommen und gehört werden.

All das klingt vielleicht sehr trocken, aber die folgenden Gedanken sind wichtig, wenn man zu den Wurzeln der aktuellen Konfliktlinie vordringen möchte.

Ausschluss großer gesellschaftlicher Gruppen

Normalerweise, in einer gesunden Demokratie, werden – jetzt einmal bewusst pauschal vereinfachend formuliert – die Ansichten der Bürger im Parlament durch Parteien und Politiker vertreten. Normalerweise, in einer gesunden Demokratie und einer funktionierenden Presse, finden die Angehörigen der unterschiedlichen Klassen und Schichten Gehör in den Medien.

Normalerweise, wenn „das System“ funktioniert, finden Debatten, Diskussionen zwischen den divergierenden Gruppen innerhalb der Hauptdiskursarenen einer demokratischen Gesellschaft statt. Da wäre zum einem das Parlament (dort gewiss nur im Rahmen einer überschaubaren Anzahl an Akteuren), zum anderen die Medien. Die richtungsweisenden Diskursarenen befinden sich innerhalb der Leitmedien, die über eine große Reichweite und Legitimation verfügen.

Der Leitartikel in der Süddeutschen Zeitung hat in aller Regel einen größeren Einfluss auf die öffentliche Debatte als ein Beitrag eines unbekannten Bloggers. Die Debatten bei Maybrit Illner, Anne Will, Frank Plasberg und Sandra Maischberger entwickeln auch im Hinblick auf Politiker, die sich natürlich auch an diesen Diskursarenen orientieren, eine andere Wirkung als die Aussagen eines Foristen in irgendeinem kleinen Internetforum.

Anders gesagt: Für ein gesundes politisches Klima in einer Demokratie, ist es unabdingbar, dass an den entscheidenden Stellen, die zur Herstellung des maßgebenden öffentlichen Diskurses zentral sind, auch nach Möglichkeit alle Gruppen einer Gesellschaft sich artikulieren dürfen und Gehör finden.

Dies ist der Punkt, an dem Vertreter großer Medien gerne den Superjoker ziehen und betonen, dass es auch die Aufgabe eines verantwortungsbewussten Journalismus sei, darüber zu wachen, wer Zugang zu ihren Medien bekommt und wer nicht. Grund: Aufgabe von Journalisten sei es, das Publikum vor Meinungsunsinn, vor Pseudo-Experten und anderen für die öffentliche Meinung gefährlichen Akteuren zu schützen. Damit werde, so die Argumentation weiter, nicht nur der einzelne Zuschauer geschützt, sondern auch die Demokratie, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Zugespitzt: Nazis und Hetzern brauche man kein Podium zu bieten.

Dieser Argumentation ist zustimmen. Natürlich tun Journalisten gut daran, einen klugen Maßstab anzulegen, wenn es darum geht, zu bestimmen, wer innerhalb ihrer Medien sprechen darf. Allerdings: Die Beobachtung der Medienlandschaft zeigt so deutlich, wie es kaum noch deutlicher sein könnte, dass Journalisten und Medien in großer Zahl ihre Wächterfunktion missbrauchen, um unter dem Deckmantel journalistischer Verantwortung ihre eigenen Weltbilder vor Irritationen abzuschirmen. Getreu dem Motto: Was mir nicht gefällt und was ich für falsch halte, halte ich aus der Berichterstattung raus.

Medien schüren soziale Konflikte

Eine so aufgestellte Medienlandschaft schützt die Demokratie nicht, nein, sie schadet ihr. Medien, die Journalismus als verlängerten Arm ihrer Weltanschauung gebrauchen, tragen letztlich zum Entstehen sozialer Konflikte bei, wenn ein Großteil der Journalisten ähnlich sozialisiert, das heißt aus denselben Milieus stammt. Nach und nach synchronisieren sich so redaktionsübergreifend gemeinsame Ansichten und Vorstellungen von Wirklichkeit.

Da sich das journalistische Milieu in der Tendenz, das ergibt sich aus der Beobachtung, sozial und mental eher mit dem Bürgertum oder auch gehobenen Bürgertum als mit dem Proletariat identifiziert, folgt eine

Berichterstattung, die große Probleme mit den Ansichten der unteren Schichten hat. Tenor: Im Großen und Ganzen geht es „uns“ doch gut – was meckert ihr?

Generell blicken Journalisten voller Argwohn auf unorthodoxe Einschätzungen der politischen und gesellschaftlichen Realität – das heißt Einschätzungen, die den ihren widersprechen. Aufgrund ihrer Sozialisation und ihrer eigenen sozialen Lage gehören sie grundsätzlich zu den Bewahrern der bestehenden Verhältnisse. Demonstrationen sind ihnen, wie so manchem Politiker, oft sehr suspekt – es sei denn, es geht um Anliegen (wie etwa Klima), die ihre Gruppe, die Mitglieder des juste milieu, mittragen. Hier wird deutlich: Die mentale Verfasstheit unserer Medien lässt in der Breite gerade das nicht zu, was sie eigentlich tun sollten: Nämlich grundsätzlich, dauerhaft herrschaftskritisch ausgerichtet zu sein.

Was bedeutet diese Erkenntnis? Wenn ein System das Gegenteil von dem tut, was es sollte, dann hat es seinen ihm zugeschrieben Wert verloren. Man muss nicht in die Tiefen der Demokratietheorie gehen, um zu verstehen, was es bedeutet, wenn die „vierte Säule“ der Gewalt in einer Demokratie in Trümmern liegt. Selbst in harmlosen politischen Analysen, die ideologisch „unverdächtig“ sind, ist seit langem von einer Repräsentationskrise die Rede. Das heißt: Die Parlamentarier, so die Annahme, vertreten im Wesentlichen nur noch die Interessen eines Teils der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Wenn Parlament und Medien gerade dann, wenn es darauf ankommt, nur noch jenen Stimmen Gehör verschaffen, die in etwa mit jenen Ansichten übereinstimmen, die ihrer Sozialisation und ihre Schicht entsprechen, dann hat nicht nur die Demokratie, dann hat unsere Gesellschaft ein enormes Problem.

Die Ausläufer dieser Entwicklung sind seit langem zu beobachten. Zwischen 25 und 30 Prozent der Bürger haben sich bei Bundestagswahlen von der Demokratie bereits verabschiedet (Nichtwähler). 12 Prozent der Wähler gaben bei der Bundestagswahl 2017 der AfD ihre Stimme, 9 Prozent wählten die Linke, 5 Prozent sonstige. Diese Zahlen mögen im Einzelnen für den einen oder anderen noch kein Grund zur Besorgnis sein. Aber betrachtet man sie zusammen, dann wird deutlich, dass die Integrationskraft „der Mitte“ offensichtlich stark geschwächt ist.

Ignoriertes Grundrauschen

Die Ausläufer dieser Entwicklung sehen wir jeden Tag auch in den Foren vieler Medien, wo aus zahlreichen Meinungsäußerungen die schweren Brüche zwischen veröffentlichter und Publikumsmeinung sichtbar werden. Sie wurden deutlich bei Demonstrationen von Pegida, wo längst nicht nur rechte Hetzer ihre Parolen zum Besten gaben. Sie werden sichtbar oder besser: hörbar (!) durch ein permanentes Grundrauschen, das sich quer durch die Republik zieht. Ob das die Kassiererin an der Supermarktkasse ist, der Hausmeister an einer Schule, die Oma auf dem Markt oder auch jene, die trotz ihrer Sozialisation in den mittleren und oberen Schichten Realität anders einschätzen, als viele Vertreter der Leitmedien und der Politik.

Dieses Grundrauschen, das längst unüberhörbar ist, das längst auch Journalisten und Politiker zur Kenntnis genommen haben, aber mit einer Ignoranz, die ihresgleichen sucht, abtun, wird seit Wochen noch einmal lauter.

Die Demonstrationen in Stuttgart, Berlin, München, oder auch kleineren Städten wie Dingolfing, sind, das sollte nicht vergessen werden, nur der sichtbarste Teil eines schweren, in vielerlei Hinsicht grundlegenden Dissens zwischen einer elitär ausgerichteten Politik (über Jahrzehnte haben Politiker unter den Augen einer „kritischen“

Medienlandschaft die Kinderarmut im Land hingenommen, um nur ein Beispiel zu nehmen) und Teilen der Bevölkerung, die ihre Verärgerung auf „die da oben“ seit langem in sich trägt.

Die nun von Journalisten und Politik angewandten Strategien zur Abwertung der Proteste zeigen, dass es weder weiten Teilen der Medien noch der Politik um das geht, was sie vorgeben zu verteidigen: den demokratischen Diskurs. Wer sich als Demokrat versteht und meint, unterschiedliche, auch fundamental voneinander abweichende Meinungen müssten sofort ins Abseits gedrängt und mit Mitteln der sprachlichen Manipulation, der Propaganda und der Diffamierung zum Schweigen gebracht werden, der hat Demokratie nicht verstanden.

Medienrealität, die der Wirklichkeit nicht standhält

Fakt ist: Von Beginn an haben Journalisten mit den Mitteln der Manipulation und Propaganda die Corona-Demonstranten delegitimiert. Rechte Gruppen und schräge Typen, die auf den Demonstrationen auszumachen sind, werden so massiv in den Vordergrund gerückt, dass ein verzerrtes Bild entsteht. Anstatt zu berichten, heben sich hochreputierte Medien zur „Kriegspartei“ empor und gehen mit ihrer publizistischen Macht aktiv gegen die Protestierenden vor. Sie erzeugen eine Medienrealität, die der echten Wirklichkeit nicht standhält.

Wer die Berichterstattung verfolgt, muss davon ausgehen, dass der größte Teil der Demonstranten aus Nazis und Verrückten besteht. Konkrete Zahlen und Fakten, die belegen, wie viele der Demonstranten, beispielsweise in Stuttgart, nun Nazis sind, werden zwar nicht präsentiert, aber diese Zahlen braucht eine Presse auch nicht, die auf Ressentiments anstelle von Fakten setzt.

Ist es nicht völlig legitim, wenn Bürger Angst vor einer Impflicht haben und auf massive ökonomische Interessen im Zusammenhang mit Impfungen hinweisen? Ist es so schwer nachzuvollziehen, dass Bürger das Wirken des Milliardärs Bill Gates kritischer betrachten als es etwa Ingo Zamperoni in seinem 9-minütigen Tagesthemen-Interview getan hat? Ist es nicht legitim, dagegen zu demonstrieren, wie mit Kindern nun neuerdings an Schulen umgesprungen wird oder damit ein Problem zu haben, dass gebärende Mütter, die gezwungen werden unter dem Corona-Wahnsinn Atemmasken zu tragen, ein Trauma erleiden?

Ein Mediensystem, ein politisches System, dass den demokratischen Diskurs nicht scheut, hätte darüber schon längst mit diesen Bürgern auf Augenhöhe gesprochen – und nicht diffamierend von oben herab.

Demonstranten müssen draußen bleiben

Wer noch ein Beispiel benötigt, um zu sehen, wie eine Medienlandschaft funktioniert, die den öffentlichen Diskurs sabotiert, dem liefert der Politik-Talk „Illner“ vom vergangenen Donnerstag (14.5.) ein eindringliches Beispiel. Unter der Überschrift „Pandemie und Protest – kann Corona das Land spalten?“ waren eingeladen: Tobias Hans (Ministerpräsident des Saarlandes), Nikolaus Blome (bis 2019 stellvertretender Chefredakteur der Bild), Christiane Woopen (Vorsitzende des Europäischen Ethikrates), Boris Palmer (Oberbürgermeister von Tübingen) und Michael Meyer-Herrmann (Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung).

Mit anderen Worten: Vertreter der Demonstranten saßen nicht mit in der Runde. Stattdessen ließ man Palme und Woopen zu Wort kommen, die lobenswerterweise zwar mit gemäßigter Haltung über die Demonstrationen sprachen, aber im Grunde genommen dennoch als eine Art Filter fungierten.

Nicht anders war es am Sonntagabend bei Anne Will. Auch dort waren unter dem Titel „Corona-Einschränkungen – waren und sind die Grundrechtseingriffe verhältnismäßig?“ die Demonstrationen Gegenstand der Diskussion. Und wieder waren keine Personen aus dem Kreis der Demonstranten eingeladen. Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen brach zwar in gewisser Weise eine Lanze für die Demonstranten und warnte vor einer pauschalen Verurteilung, aber letztlich sprach er aus Sicht der „legitimen Sprecher“ über den Protest. Offensichtlich wollte die Redaktion keine direkten Stimmen aus dem Kreis der Kritisierenden zu Wort kommen lassen.

Ist das journalistisch verantwortungsvoll? Ist das journalistisch redlich? Nein, das ist es nicht.

Werden Vertreter großer Medien darauf angesprochen, dass in unserem Mediensystem unliebsame Stimmen gezielt unterdrückt werden, sagen sie gerne, dass dies Unfug sei. Schließlich könne jeder alles sagen. Wenn nicht in ihrem Medium, dann doch woanders.

Der französische Philosoph und Soziologe Michel Foucault hat dieses Problem einer Debatte, in der unliebsame Stimmen einfach an den Rand gedrückt werden, bereits 1970 in seiner Vorlesung "Die Ordnung des Diskurses" angesprochen. Die Ausgegrenzten können sich zwar äußern, aber eine Wirkung kann sich nicht entfalten, da ihre Äußerungen aufgrund ihrer Position im „Außen“ des Mediensystems abgewertet sind. Die Wächter über die öffentliche Diskussion schreiben nur jenen Akteuren zu, „die Wahrheit“ zu sagen oder sich im „Wahren“ zu befinden, die ihre Aussagen an jenen Orten tätigen, die von den Wächtern (den Vertretern der Leitmedien) als legitim anerkannt sind. Foucault wörtlich:

> *"Es ist immer möglich, dass man im Raum eines wilden Außen die Wahrheit sagt; aber im Wahren ist man nur, wenn man den Regeln einer diskursiven ‘Polizei’ gehorcht."*

Wie wahr!

Über den Autor: *Marcus Klöckner, studierte Soziologie, Medienwissenschaften und Amerikanistik. Er ist Journalist und Autor. Zuletzt erschien sein Buch: „Sabotierte Wirklichkeit – Wenn Journalismus zur Glaubenslehre wird“. Als Mitherausgeber initiierte er 2019 eine Neuausgabe des Klassikers der herrschaftskritischen Soziologie „Die Machtelite“ von C. Wright Mills.*

Anmerkungen

(1) Am Sonntag haben zum ersten Mal im kleinen bayerischen Städtchen Dingolfing Demonstrationen stattgefunden. Die Redebeiträge hier, hier und hier bieten einen ungefilterten Einblick.

(2) Im Folgenden einige Beispiele für die Art und Weise, wie Medien über die Demonstrationen berichten und Kritik abwerten (etwa durch den Gebrauch des Kampfbegriffs Verschwörungstheorien):

ARD: Hygiene-Demos: Die verrücktesten Corona-Verschwörungstheorien - Darum sind sie falsch
Bento: Immer wieder der Osten: Warum gibt es ausgerechnet hier so viel Corona-Wut? Aus dem Inhalt: In ganz Deutschland gehen Impfgegner, Esoteriker und Rechte auf die Straße, oft mit dem Grundgesetz in der Hand, um ihre Rechte gegen eine angebliche "Corona-Diktatur" zu verteidigen.
BR24: Wie Corona Verschwörungstheorien sprießen lässt Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen, Kontaktverbote: Der Staat mutet seinen Bürgern in der Corona-Krise einiges zu. Dagegen regt sich Protest von

unterschiedlichen Gruppen, die aber eines eint: Der Glaube an die ganz große Corona-Verschwörung.
Deutschlandfunk Kultur: Gegner der Pandemie-Regelungen: Mit Corona schlägt die Stunde der Verschwörungstheorien
FAZ: Proteste gegen Corona-Politik: Brett vor dem Kopf gehört nicht zu den Grundrechten
Focus: Formiert sich eine Corona-Pegida? Wie Brandstifter die Hygiene-Demos ausnutzen
Hamburger Morgenpost: Protest mit Esoterikern, Impfgegnern, Rechten Woran die Corona-„Querdenker“ glauben
Mitteldeutsche Zeitung: Neue Wutbürger – Immer mehr Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen
Neue Zürcher Zeitung: "Für wie blöd hält man uns eigentlich? Das ist alles Propaganda!" – Wie mein Facebook-Freund zu einem Corona-Skeptiker wurde Weltweit demonstrieren Menschen gegen die Corona-Massnahmen. Viele von ihnen glauben an Verschwörungstheorien. So auch ein Bekannter unseres Autors. Protokoll einer Radikalisierung.
NDR: Coronavirus: Die breite Front der Verharmloser
ntv: Corona-Krise als Nährboden "Verschwörungstheorien bieten Sicherheit"
Oberhessische Presse: Bizarre Theorien in der Corona-Krise OB Kaminsky zu Corona-Verschwörungstheorien: „Brauchen Widerstand der Normalen“
Spiegel: Die unheimliche Macht der Verschwörungstheoretiker. Die Paranoia-Promis erreichen mit ihren verrückten Thesen zur Corona-Pandemie ein Millionenpublikum. Wie gefährlich sind sie?
SWR: Proteste gegen Corona-Einschränkungen: "Verschwörungstheoretiker brauchen Struktur und Ordnung im Leben"
Netzpolitik: Corona-Pandemie. Wenn die Eltern plötzlich an Verschwörungstheorien glauben. Seit dem Ausbruch des Coronavirus glauben viele Menschen an Verschwörungserzählungen – auch solche, die bislang nicht dadurch auffielen. Die Folgen können verheerend sein. Wie können Angehörige den Betroffenen helfen?
Taz: Corona-Verschwörer*innen demonstrieren: Braune Infektionskette
Mehr Städte, mehr Teilnehmer: Ein Verschwörerverein gegen die Corona-Maßnahmen erhält Zulauf – auch von Rechten.
Welt: Politikwissenschaftler Leggewie: „Wir haben es hier mit einem kollektiven Wahn zu tun“
Zeit: Die Querfront der Verharmlosung Die Demos gegen die Corona-Beschränkungen zeigen, wie liberale Diskurse von Verschwörungstheoretikern gekapert werden.